

Europa

Europawahlprogramm der FREIEN WÄHLER – Bewertung durch die vbw

Position

Stand: Mai 2019

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Positionen der FREIEN WÄHLER decken sich in weiten Teilen mit den Forderungen der vbw

Die im Europawahlprogramm der FREIEN WÄHLER enthaltenen Positionen decken sich in weiten Teilen mit der Haltung der vbw. Die FREIEN WÄHLER sind klar pro-europäisch ausgerichtet. Sie streben eine Vertiefung der EU in den Feldern an, in denen das Sinn macht – etwa in der Außen-, Verteidigungs- und Flüchtlingspolitik. Gleichzeitig sind sie der Ansicht, dass die EU sich aus Bereichen heraushalten sollte, die besser auf Ebene der Nationalstaaten oder gar regional geregelt werden können – etwa die Sozialpolitik. Die FREIEN WÄHLER streben, wie die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., eine schlanke, bürokratiearme und stabile EU an. Etwas zu wenig ambitioniert sind die FREIEN WÄHLER allerdings in der Steuerpolitik.

Nicht einverstanden sind wir dagegen mit den Vorstellungen der FREIEN WÄHLER zur europäischen Hochschulpolitik. Eine Rückkehr zu Diplom- und Magisterstudiengängen ist nicht der richtige Weg.

Bertram Brossardt
17. Mai 2019

Inhalt

1	Pro-Europäische Ausrichtung	1
2	Schlankes Europa	2
3	Stabiles Europa	3
4	Den Binnenmarkt vollenden	5
5	Arbeit und Soziales	9
6	Energie und Klimapolitik	11
7	Steuerpolitik	13
8	Industrie stärken	14
9	Internationale Handelspolitik	16
10	Migration	18
11	Bildung	20
	Ansprechpartner / Impressum	23

1 Pro-Europäische Ausrichtung

Die FREIEN WÄHLER bekennen sich in ihrem Wahlprogramm *Unsere Heimat Europa* klar zur Europäischen Union

Die pro-europäische Ausrichtung der FREIEN WÄHLER ist bereits am Titel des Wahlprogramms *Unsere Heimat Europa* sichtbar. Dabei liegt der Fokus der Partei, die in einer Bürgerbewegung ihren Ursprung fand, auf einem Europa der Regionen, der Gemeinden und Kommunen. Europapolitik müsse sich verstärkt von unten nach oben entwickeln. Der Grundsatz der Subsidiarität müsse konsequenter verfolgt werden, besonders in der Sozialpolitik. Dort, wo nationale Maßnahmen jedoch nicht ausreichen, wie in Migrationsfragen oder der Außen- und Sicherheitspolitik, müsse die Europäische Union mit neuen Befugnissen ausgestattet werden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Vereinigung aller Handlungsfelder mit außenpolitischer Zuständigkeit auf eine Person im Rahmen der angestrebten Reduzierung von EU-Kommissaren	Zustimmung
Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, um mehr europäische Geschlossenheit in der internationalen Politik zu erreichen	Der Vorschlag reicht nicht aus, um mehr europäische außenpolitische Geschlossenheit zu erzielen. Mehrheitsentscheidungen sind hier vonnöten. Die FREIEN WÄHLER versäumen, es explizit an dieser Stelle einzufordern.
Aufbau eines eigenständigen Verteidigungsbündnisses mit eigener Armee unter Kontrolle des Europäischen Parlaments	Zustimmung
Schaffung eines formalen Gremiums der europäischen Verteidigungsminister auf Europaebene und eines entsprechenden Ausschusses für Fragen der Verteidigung im Europaparlament	Zustimmung; ein solches formales Gremium ist nur in Form eines Ministerrats sinnvoll und effektiv.
Verlagerung der Beschaffung im Verteidigungswesen auf die europäische Ebene zur Kosteneinsparung und Prozessoptimierung	Zustimmung

2 Schlanges Europa

Die FREIEN WÄHLER streben richtigerweise ein schlanges Europa an. Sie betonen wie die vbw das Subsidiaritätsprinzip und den Bürokratieabbau

Die FREIEN WÄHLER setzen sich wie die vbw für eine Reduzierung der Bürokratie auf EU-Ebene ein. Positiv zu bewerten ist, dass eine Paragraphenbremse eingeführt werden soll, um eine nachhaltige Entbürokratisierung voranzutreiben. Das Bekenntnis zum Ausbau des e-Governments und das Ablehnen von unnötiger und unverhältnismäßiger Bürokratie im Daten- und Verbraucherschutz sind zu begrüßen. Positiv ist auch zu bewerten, dass Aufgaben grundsätzlich regional erfüllt werden sollen. Die Zuständigkeit auf EU-Ebene wird auch nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern soll auf das Notwendige begrenzt sein.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
EU-Gesetze sollen in der Begründung explizit darlegen, warum die Aufgabe nicht auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene erfüllt werden kann.	Zustimmung
Strukturelles Vereinfachen des europäischen Förderprogramms Erasmus+, um bürokratische Hürden zu beseitigen.	Zustimmung
Weniger Bürokratie in der Landwirtschaft	Zustimmung
Mittelstand vor überbordender Bürokratie schützen	Zustimmung. Es sollten jedoch Unternehmen aller Größen vor überbordender Bürokratie geschützt werden.
Bürokratie im Daten- und Verbraucherschutz abbauen	Zustimmung
Entbürokratisierung durch Einführung einer Paragraphenbremse	Zustimmung
Verhindern von Spielräumen bei EU-Gesetzen, die zu einer weiteren Paragraphenflut durch den Bundes- und Landesgesetzgeber in Deutschland führen.	Zustimmung
e-Government ausbauen	Zustimmung
Vereinfachung des Vergaberechts	Zustimmung

3 Stabiles Europa

Die vbw stimmt in vielen Punkten mit den Positionen der FREIEN WÄHLER überein, aber nicht in allen

Mit ihrem Bekenntnis zu nationaler Verantwortung für nationale Schulden, Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt und klaren Maßgaben für Staatsinsolvenzen, am Risiko bemessener Proportionalität in der Bankenregulierung und dem Verschuldungsverbot für die EU setzen die FREIEN WÄHLER zielführende Akzente für Stabilität in Europa.

Die Vorstellungen der FREIEN WÄHLER zur Stimmrechtsverteilung in der EZB und zum Umgang mit Target-Salden würden die Europäische Zentralbank (EZB) aber stark an nationalen Interessen ausrichten und den Kapitalverkehr im Binnenmarkt behindern. Die Verhandlung zu Vertragsänderungen zudem eine Büchse der Pandora öffnen. Das ist nicht zielführend. Es gilt vor allem, die Unabhängigkeit der EZB zu bewahren.

Falsch wäre es ferner, der Forderung der FREIEN WÄHLER nach einem Auslaufen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nachzukommen. Der ESM hat konstruktiv zur Stabilisierung der Eurozone beigetragen und soll das, auch nach einer Weiterentwicklung zum Europäischen Währungsfonds (EWF), weiter leisten. Wichtig ist es, dass am Prinzip *Hilfe nur gegen Auflagen* festgehalten wird.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Haftung jedes Landes für seine Schulden; keine Eurobonds und ähnliche Instrumente	Zustimmung
Konsequente und automatische Ahndung und Sanktionierung von Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt	Grundsätzlich Zustimmung zu konsequentem Festhalten am Stabilitäts- und Wachstumspakt und besseren Sanktionsmöglichkeiten. Allerdings dürfen Automatismen zielführend angelegte nationale Strategien nicht blockieren.
Stimmrechtsverteilung in der EZB nach Haftungsanteilen; jährliche Tilgung der Targetsalden durch Gold; bei umverteilenden Maßnahmen Sperrminorität von 25 Prozent	Ablehnung
Europäischen Stabilitätsmechanismus durch Rückführung der Ausleihkapazität	Ablehnung

Stabiles Europa

auflösen; keine Weiterentwicklung zu einem Europäischen Währungsfonds

Klare Maßgaben für Insolvenzverfahren und Umschuldung bei Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Staates; Überwachung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF); geregeltes Verfahren für den Austritt aus der Eurozone	Zustimmung zu klaren Maßgaben. Ablehnung einer Schlüsselrolle des IWF für inner-europäische Angelegenheiten. Anreize für einen Austritt aus der Eurozone sollten nicht gesetzt werden.
---	--

Keine europäische Einlagensicherung	Zustimmung auf absehbare Zeit
-------------------------------------	-------------------------------

Finanzmarktregulierung: angemessene Regeln für Banken und Sparkassen mit risikoarmem Geschäftsmodell	Zustimmung
--	------------

Bargeld erhalten	Zustimmung, allerdings kann Bargeld auslaufen, wenn die Menschen es nicht mehr wollen.
------------------	--

Festhalten am Verschuldungsverbot für die EU	Zustimmung
--	------------

4 Den Binnenmarkt vollenden

Die Richtung stimmt, die konkreten Schritte bleiben aber oft zu vage

Die Grundausrichtung des Programms stimmt. Es fehlt allerdings vielfach an den konkreten Ansätzen. Das fällt besonders bei Schlüsselthemen, wie die Digitalisierung und die Zukunft unserer Automobilindustrie, auf.

Der Einsatz der FREIEN WÄHLER für einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, einen modernen ÖPNV und visionäre Projekte wie den Hyperloop ist zu begrüßen. Kritisch ist jedoch die Ablehnung der Einführung der Pkw-Maut in Deutschland.

Die FREIEN WÄHLER wollen den Umweltschutz voranbringen, was positiv ist. Es fehlen dabei aber Aussagen, wie dies im Zusammenspiel zwischen Ökologie und Ökonomie erreicht werden soll. Differenziert zu beurteilen ist die von den FREIEN WÄHLERN geforderte Reduzierung der Kunststoffabfälle.

Vorhaben

vbw Bewertung

Innovationen, Digitalisierung

Die EU soll Leitmarkt für zentrale Zukunftstechnologien werden und hierfür auf ihre traditionellen Industrien aufbauen – Automobilindustrie, Flugtechnik, Chemieindustrie, Pharmaindustrie und Medizintechnik. Auf anderen Gebieten wie der Biotechnologie, der Mikroelektronik und der Internettechnologie gelte es, internationale Rückstände aufzuholen.

Zustimmung. Wie die „Rückstände“ aufgeholt werden sollen, bleibt allerdings weitgehend offen.

Europäische Forschungspolitik technologieoffen ausrichten, Mittelausstattung trotz Brexit mindestens auf heutigem Niveau erhalten

Zustimmung. Aus Sicht der vbw ist eine Erhöhung der Mittel geboten.

Strategische Übernahmen in Schlüsseltechnologien „aus Ländern wie China“ verhindern.

In dieser Pauschalität kritisch. Wichtig ist Reziprozität, Schlüsseltechnologien müssen zudem anhand klarer Kriterien definiert werden.

Digitalen Binnenmarkt vollenden

Zustimmung, die dafür notwendigen Schritte bleiben allerdings etwas vage.

Den Binnenmarkt vollenden

Datenschutzrecht mittelstandsfreundlich ausgestalten	Zustimmung, praxisgerechte Regelungen werden aber selbstverständlich für Unternehmen jeder Größenordnung benötigt.
Flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Glasfasernetzen und Führungsrolle bei 5G einnehmen	Zustimmung
Europäische Cyberabwehr installieren: gemeinsames Zentrum einrichten, das den Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleistet und eng mit der NATO zusammenarbeitet.	Das Thema ist grundsätzlich wichtig, allerdings gibt es eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene (EU-Politikrahmen für die Cyberabwehr) und mit der NATO bereits; offen bleibt, wo und wie genau die EU mehr tun soll.

Mobilität

Die FREIEN WÄHLER wollen eine gemeinsame europäische Batteriezellenproduktion voranbringen.	Zustimmung
Ablehnung einer Pkw-Maut in Deutschland	Keine Zustimmung. Die Mauterhebung ist sachgerecht, weil Deutschland als großes Transitland im Durchgangsverkehr stark genutzt wird und umgekehrt deutsche Kraftfahrzeuge auf den meisten europäischen Straßen mit Kosten belastet werden. Mit einer Ausweitung der Nutzerfinanzierung auf die Pkw-Maut können größere Unabhängigkeit von der Haushaltslage des Bundes und mehr Planungssicherheit für die Finanzierung dringend erforderlicher Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erreicht werden.
Es sollen Anreize geschaffen werden zur besseren Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden angrenzender Mitgliedsstaaten im ÖPNV.	Zustimmung. Ziel muss ein hochwertiges, an den Bedürfnissen der Nachfrager ausgerichtetes, preisgünstiges und zuverlässiges ÖPNV-Angebot in Ballungsräumen und ländlichen Regionen sein. Öffentliche Aufgabenträger (ÖPNV, SPNV) und private Mobilitätsanbieter müssen abgestimmte Mobilitätsangebote erarbeiten können.

Den Binnenmarkt vollenden

Zügiger Ausbau der Schienen-, Straßen- und Wasserwege.

Zustimmung

Hyperloop-Technologie: Europa soll sich zum Leitmarkt und Leitanbieter dieser Technologie entwickeln

Visionäre Projekte sind wichtig und bayerische Unternehmen können hier viel Kompetenz einbringen. Für den Erfolg wird entscheidend sein, ob es gelingt, dadurch langfristig Wertschöpfung am Standort zu sichern und die Bürger von Anfang an mitzunehmen sowie für die neuen Lösungen zu begeistern.

Umweltpolitik

Die FREIEN WÄHLER wollen die Menge der Kunststoffabfälle deutlich reduzieren und die Möglichkeiten der vollständigen Wiederverwendung verbessern.

Voraussetzungen für einen Ausbau der europaweiten Kreislaufführung von Kunststoffen sind flächendeckend etablierte und hochwertige Strukturen für die möglichst sortenreine und praktikable Abfallsammlung, die Sortierung und die Verwertung solcher Abfälle. Dabei gibt es in vielen Mitgliedsstaaten der EU erhebliche Verbesserungspotenziale. Es muss der einheitliche Vollzug des bestehenden EU-Rechts zur Kreislaufwirtschaft sichergestellt werden, um ein gemeinsames Niveau für einen fairen Wettbewerb bei der Behandlung von Kunststoffabfällen zu erreichen und um hochwertige Recyclingmaterialien erzeugen und vermarkten zu können.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich ein für den Schutz der Artenvielfalt, für saubere Luft und den Gewässerschutz.

Das Anliegen ist richtig, es fehlen aber Hinweise darauf, wie die FREIEN WÄHLER es, möglichst auf freiwilliger und kooperativer Basis, umsetzen wollen.

Gewässerschutz: Es fehlt eine Aussage zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Notwendig ist eine Weiterentwicklung der WRRL, so dass wirtschaftliche und industrielle Aktivitäten weiterhin genehmigungsfähig bleiben, insbesondere muss auch die Stromgewinnung aus Wasserkraft möglich bleiben.

Verbraucherschutz

Die FREIEN WÄHLER wollen bessere Verbraucherinformationen bei Lebensmitteln. Herkunft und Bestandteile der Produkte müssen leicht erfassbar sein.

Dieses Anliegen ist differenziert zu sehen. So relevant Informationen für das Kaufverhalten sind, so wichtig ist es auch, dass keine ideologisch motivierte Lenkung des Verbraucherverhaltens angestrebt wird. Gerade im Bereich der Ernährung existiert oft kein allgemeingültiges richtig oder falsch. Bei jeder zusätzlich geforderten Information muss der Mehrwert für den Verbraucher kritisch hinterfragt werden.

5 Arbeit und Soziales

Die FREIEN WÄHLER sprechen sich für eine Koordinierung, aber keine weitere Kompetenzabgabe in der Sozialpolitik aus. Dieser Ansatz ist richtig.

Die Forderungen der FREIEN WÄHLER zu den Themen im Bereich Arbeit und Soziales können insgesamt geteilt werden. Die FREIEN WÄHLER sprechen sich dafür aus, dass auf europäischer Ebene lediglich Mindeststandards vereinbart werden und es den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen bleibt, über diese Mindeststandards hinauszugehen. Dieser Ansatz beachtet das Subsidiaritätsprinzip, das der EU-Sozialpolitik zugrunde liegt und ist somit positiv zu beurteilen. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit für eine bessere Koordinierung zur Stärkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gesehen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Einwanderung in Sozialsysteme verhindern	Zustimmung. Die Arbeitskräftemobilität darf nicht für eine Zuwanderung in die Sozialsysteme missbraucht werden.
Europäische Arbeitsbehörde / Arbeitslosenversicherung verhindern	Zustimmung. Bei der Ausgestaltung der EU-Arbeitsbehörde sind nun Kompetenzmaßnahmen zu verhindern und ein möglichst großer Mehrwert für Unternehmen zu erzielen.
Keine Einmischung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Zustimmung
Soziale Rechte als europäisches Mindestschutzniveau	Die gezielte Ausgestaltung der sozialen Sicherung muss sich an den Voraussetzungen und Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedsstaaten orientieren und darf nicht EU-weit vorgegeben werden.
Soziale Rechte müssen mit technologischen Entwicklungen Schritt halten. Die FREIEN WÄHLER wollen bestehende Rechtsvorschriften stets überprüfen und modernisieren, falls neue technologische Entwicklungen wie etwa im Bereich der Digitalisierung dies erfordern. Arbeit 4.0 darf nicht zum Nachteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden.	Die Digitalisierung ist eine Chance für alle. Sie zu nutzen liegt im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ein moderner Rechtsrahmen muss dazu gesetzliche Spielräume schaffen – auch mit Blick auf neue digitale Geschäftsfelder. Zusätzliche Möglichkeiten, die Arbeit flexibler zu gestalten, erfordern auch eine höhere Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer. Die Grenze zwischen der Schutzpflicht des Staates und

der Selbstverantwortung der Arbeitnehmer muss daher im Interesse der Flexibilisierung neu gezogen werden. Ohne diese Anpassungen des Rechtsrahmens werden Teile unserer arbeitsrechtlichen Ordnung von der betrieblichen Realität überholt oder künftig die Tätigkeiten dort erfolgen, wo bereits ein entsprechender Rechtsrahmen besteht.

Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam bekämpfen: Wir werben für das bei uns bewährte und krisenfeste duale Ausbildungssystem in anderen EU-Mitgliedstaaten und wollen auch die Mobilität junger Menschen in Europa verbessern. Jugendgarantie fortführen

Die Anliegen sind zu unterstützen. Eine verordnete Ausbildungsgarantie („Jugendgarantie“) ginge aber an der betrieblichen Realität und jener der Jugendlichen vorbei. Wesentliche Voraussetzung ist ein Matching von Ausbildungs- und Arbeitsmarktbedarf sowie den Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen. Andernfalls ist die Perspektive nur eine scheinbare. Entscheidend sind effektive Systeme der Beratung und Vermittlung.

Stärkung des Pharmastandortes Europa

Zustimmung

Forschung und Entwicklung gegen Antibiotikaresistenzen im europäischen Rahmen

Zustimmung

6 Energie und Klimapolitik

Die FREIEN WÄHLER setzen auf dezentrale Energieversorgung und Klimaschutz im internationalen Kontext.

Es ist zu begrüßen, dass die FREIEN WÄHLER den Klimaschutz international denken. Eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) zunächst auf die G20-Staaten kann eine technologieoffene Lösung darstellen, die internationalen Klimaziele in wirtschaftsverträglicher Weise zu erreichen. Emissionen müssen dort eingespart werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Die Folgen einer Ausweitung auf weitere Sektoren müssen jedoch genauer untersucht werden.

Eine Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der ambitionierten europäischen Klimaziele findet zu wenig statt. Bei der Frage, wie der Strukturwandel am besten bewältigt werden kann, bleibt das Programm zu sehr an der Oberfläche.

Bei der Energieversorgung springen die FREIEN WÄHLER zu kurz, indem sie nur auf dezentrale Energieversorgung setzen und den Energiebinnenmarkt dabei vernachlässigen. Die Variabilität bei den Erzeugungsarten in Europa bringt zusätzliche Flexibilität, die wir bei der Energiewende dringend brauchen. Hierzu sind leistungsfähige überregionale Stromnetze erforderlich, welche die FREIEN WÄHLER ablehnen.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Pariser Klimaabkommen konsequent umsetzen und künftige internationale Vertragswerke mitgestalten.	Zustimmung
EU-ETS global ausrichten, in einem ersten Schritt im G20-Rahmen. Gleichzeitige Stärkung des Emissionshandels durch Ausweitung auf weitere Sektoren	Zustimmung zur internationalen Ausrichtung des ETS, da dies zu Erreichung eines fairen Level-Playing-Fields für alle großen Treibhausgasemittenten beiträgt. Die Ausweitung auf weitere Sektoren muss mit einer detaillierten Folgenabschätzung einhergehen. Im Gegenzug muss zudem eine Überarbeitung des deutschen Systems aus Steuern, Umlagen und Abgaben stattfinden.
Europaweite Energiewende mit dem Schwerpunkt auf dezentrale Energieversorgung; dabei weitgehender Verzicht auf große Stromtrassen	Es wird auch in der Energiewelt der Zukunft zentrale Strukturen geben müssen, um Versorgungssicherheit bei wettbewerbsfähigen Strompreisen zu gewährleisten. Volkswirtschaftlich sinnvoll ist nur der dargebotsnahe Ausbau von erneuerbaren

Energien. Für den überregionalen Stromaus-
tausch ist daher ein zügiger Ausbau des
Übertragungsnetzes dringend erforderlich.

Unterstützung des DESERTEC-Projekts in
Nordafrika

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, erneu-
erbare Energien dargebotsnah auszubauen
(Sonnenenergie in Afrika). Dieser Strom
könnte auch für großindustrielle PtX-Anlagen
vor Ort genutzt werden, um klimaneutral
und möglichst günstig synthetische Kraft-
stoffe für den europäischen Markt herzu-
stellen. Die politische Situation in den
DESERTEC-Ländern ist jedoch nach wie vor
sehr fragil.

Umfassende europäische Sicherheits-
überprüfungen mit hohen Sicherheits-
zielen von Kernkraftwerken

Sicherheitsüberprüfungen sind sinnvoll. Die
Sicherheitsziele dürfen jedoch a priori nicht
so gesetzt werden, um Kernkraft in Europa
zu verhindern.

Technologieführerschaft Europas in
klimafreundlichen Technologien sichern

Zustimmung

7 Steuerpolitik

Das steuerpolitische Programm der FREIEN WÄHLER zur Europawahl ist eher defensiv.

Abgesehen von der steuerlichen Forschungsförderung, die es allerdings in weiten Teilen der EU schon gibt, enthält das Programm der FREIEN WÄHLER zur Europawahl keine positiven steuerpolitischen Impulse. Unangesprochen bleiben Felder, auf denen die EU einen für den Binnenmarkt wichtigen steuerpolitischen Beitrag leisten muss: die weitere Harmonisierung der Mehrwertsteuer und die gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer.

Zeitlos richtigen Aussagen zu gerechter Besteuerung und Steuerbetrug fehlt die Einordnung in das tatsächliche Geschehen. Hier muss, international abgestimmt, auf den vielfältigen Maßnahmen der letzten Jahre weiter aufgebaut werden, einschließlich der Bereitschaft, überbordende, mit unangemessenen Lasten verbundene Effekte zurückzunehmen.

Widersprüchlich ist es, dass einerseits – zurecht – auf nationaler Steuerhoheit bestanden, andererseits eine europäische Finanztransaktionsteuer gefordert wird. Zu letzterer wird übersehen, dass sie den internationalen Handel und die Finanzierung von Aktiengesellschaften beeinträchtigen und zu unerwünschter Umverteilung in der EU führen würde.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Innovationskraft in Deutschland und Europa mit Hilfe steuerlicher Anreize bei Forschung und Entwicklung insbesondere für KMU stärken	Zustimmung sowohl für Deutschland als auch für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in der EU
Endlich gerechte Besteuerung großer Konzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon	Zielgerecht vorgehen. Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten der europäischen Wirtschaft gehen – was etwa eine EU-Digitalsteuer aber mit sich brächte.
Entschlossenes Vorgehen gegen Korruption, Steuerdumping, -betrug, -vermeidung sowie Geldwäsche – international und in Europa	Grundsätzlich Zustimmung. Allerdings muss jedes Vorgehen angemessen bleiben.
Festhalten an nationaler Steuerhoheit	Zustimmung
Europäische Finanztransaktionsteuer mit Ausnahmen für private Vermögensbildung und Altersvorsorgekapital	Ablehnung

8 Industrie stärken

Die FREIEN WÄHLER erkennen die Bedeutung der europäischen Industrie, die vorgeschlagenen Maßnahmen sind aber zu wenig konkret.

Es ist zu begrüßen, dass sich die FREIEN WÄHLER zur Industrie als Quelle des Wohlstands in Europa bekennen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern und zu verbessern, setzen sie richtigerweise vor allem auf eine Stärkung der Innovationen. Diese sollen insbesondere im Bereich der Schlüsseltechnologien gefördert werden. Allerdings sind die Aussagen im Wahlprogramm äußerst vage. So ist an mehreren Stellen von einer „modernen und ganzheitlichen Innovationspolitik“ zu lesen, ohne dass erklärt wird, was darunter zu verstehen ist. Außerdem fokussieren sich die FREIEN WÄHLER sehr auf den Mittelstand, während eine erfolgreiche Industriepolitik aus unserer Sicht alle Größenklassen in den Blick nehmen sollte.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Stärkung des europäischen Forschungsraums, Ausstattung des Nachfolgeprogramms von Horizont 2020 mit mindestens den bisherigen Haushaltsmitteln	Aus unserer Sicht voll zu unterstützen.
Einsetzen für einen schnelleren Übergang wissenschaftlicher Erkenntnisse in die industrielle Anwendung durch bessere Vernetzung der Industrie mit Forschungseinrichtungen.	Zu begrüßen, allerdings fehlen im Wahlprogramm Aussagen, wie dies konkret geschehen soll.
Technologieoffenheit bei Investitionen in Forschung und Entwicklung	Die Technologieoffenheit wird auch von uns stets angemahnt. Trotz dieser grundsätzlichen Aussage werden an anderen Stellen im Wahlprogramm aber sehr konkrete Technologiebereiche genannt, die speziell gefördert werden sollen, was der eingeforderten Technologieoffenheit widerspricht.
Europaweite Koordinierung der Nachfrageförderung, damit sich Innovationen schneller auf dem Markt durchsetzen können.	Kritisch zu sehen. Grundsätzlich sollten sich Innovationen frei am Markt behaupten. Nur im Falle von Marktunvollkommenheiten (zum Beispiel durch Netzwerkeffekte) kann über spezielle Fördermaßnahmen nachgedacht werden.

Industrie stärken

Stärkung steuerlicher Anreize bei
Forschung und Entwicklung, vor allem für
kleine und mittlere Unternehmen

Wir unterstützen die Forderung nach einer
steuerlichen Forschungsförderung, diese
muss aber größenunabhängig gelten.

Verhinderung strategischer Übernahmen
im Bereich von Schlüsseltechnologien aus
dem Ausland

Dies ist vom Grundsatz her nicht falsch. Eine
endgültige Bewertung ist nicht möglich, da
im Wahlprogramm jeder Hinweis fehlt, mit
welchen Maßnahmen dies konkret erreicht
werden soll.

9 Internationale Handelspolitik

Die FREIEN WÄHLER bekennen sich zum freien, regelbasierten internationalen Handel.

Die FREIEN WÄHLER stellen in ihrem Wahlprogramm die Fairness der internationalen Handelspolitik in den Mittelpunkt. So wird ein europäisches Gegenmodell zum amerikanischen Protektionismus mit Strafzöllen sowie Chinas Handelsmacht fernab der europäischen Wertordnung gefordert. Ziele der Partei sind neben Wachstum die Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit des internationalen Handels. Zwar bekennen sich die FREIEN WÄHLER zu den geltenden Handelsabkommen, wollen aber eine Abkehr von Schiedsgerichten. Die Welt handelsorganisation WTO sollte reformiert und eine multilaterale Handelsordnung bilateralen Verträgen vorgezogen werden.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Reform der WTO: Wiederbelebung der Welthandelsrunden	Zustimmung. Wir brauchen eine Stärkung der WTO, um den regelbasierten internationalen Handel wieder auf ein „level playing field“ zu stellen. Wenn es gelingt, bilaterale Vereinbarungen durch multilaterale zu ersetzen, ist das im Sinne einer globalisierten Wirtschaft.
Wertebasierte Neubegründung der europäischen Handelspolitik, insbesondere hinsichtlich Afrika	Zustimmung. Handelsabkommen mit Entwicklungsländern sollten fair und nachhaltig gestaltet werden, jedoch ist eine komplette Neubegründung der europäischen Handelspolitik dafür nicht notwendig.
Erichtung eines multilateralen Handelsgeschichtshofs anstelle von Schiedsgerichten in internationalen Handelsabkommen	Ablehnung. Die in existierenden Handelsabkommen (zum Beispiel CETA und JEFTA) vereinbarten Schiedsgerichte sind modern und transparent ausgestaltet und wurden vom EuGH als mit europäischem Recht vereinbar beurteilt.
Herausnahme öffentlicher Dienstleistungen wie der Trinkwasserversorgung vom internationalen Handel zum Schutz vor Privatisierung	Zustimmung. Die öffentliche Daseinsvorsorge sollte öffentlich und in der Kompetenz der Nationalstaaten verbleiben.
Bewahrung des Vorsorgeprinzips in der Umwelt- und Gesundheitspolitik	Zustimmung. Auch im internationalen Handel muss sichergestellt werden, dass für

Mensch oder Natur schädliche Produkte
nicht auf den Markt gelangen dürfen.

Ausweitung der EU-Verordnung über den Handel mit Konfliktmineralien, neben der konsequenden Umsetzung der Verordnung sollen die Freigrenzen abgeschafft und die Regelung auf die gesamte Lieferkette ausgeweitet werden

Bedenken: Das Anliegen ist grundsätzlich richtig, kann aber bei Rohstoffen, die nur von Konfliktregionen angeboten werden, zu nicht hinnehmbaren Versorgungsproblemen bei den betroffenen Unternehmen führen.

10 Migration

Die Positionen der FREIEN WÄHLER decken sich mit der Haltung der vbw.

Die FREIEN WÄHLER wollen eine Stärkung der EU-Außengrenzen, um offene Binnengrenzen zu ermöglichen. Zur Umsetzung soll es eine europäische Grenzschutzeinheit mit von Mitgliedsstaaten gestellten Kontingenten geben. Dies ist zu begrüßen, hier wären aber Details wünschenswert, wie man einen Konsens unter den Mitgliedsstaaten herstellen kann. Die Forderungen nach einer gerechten Verteilung und finanziellen Entlastungen für aufnahmewillige Staaten decken sich mit vbw Forderungen. Wir begrüßen die Ergänzung um einheitliche Standards bei der Unterbringung und die gemeinsame Einordnung in sichere und unsichere Herkunftsstaaten. Das Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten hat sich in Deutschland bewährt. Dass Asylanträge vor Einreise nach Europa gestellt und bearbeitet werden müssen, ist Teil der von den FREIEN WÄHLERN geforderten Reform des europäischen Asylsystems. Hier fehlt es jedoch gänzlich an Details, in welcher Form dies praktisch verwirklicht werden soll – ebenso wie bei der Forderung, die im Mittelmeer aufgegriffenen Personen an die nordafrikanische Küste zurückzubringen.

Die vbw begrüßt sehr, dass die FREIEN WÄHLER strikt zwischen Asyl- und Einwanderungspolitik trennen. Für die Asylpolitik, die sich immer auf eine Zuwanderung auf Zeit bezieht, fordert die Partei ein verlässliches Ein- und Ausreisensystem mit konsequenter Zurückweisung an den EU-Außengrenzen. Grundsätzlich ist dies zu begrüßen, Details der Ausgestaltung wären auch hier wünschenswert. Für die gezielte Zuwanderung aus Erwerbszwecken möchte man das Modell der europäischen Blue-Card ausbauen. Auch bei diesem Punkt fehlen essenzielle Details, wie das bisher für Akademiker geltende System demnächst für die Anwerbung und Aufnahme von qualifizierten Fachkräften ausgebaut werden soll.

Das Vorhaben, dass die EU sogenannte Rückübernahmeabkommen anstelle von jedem einzelnen Mitgliedsstaat schließen soll, ist effizient und daher zu begrüßen. Den Ländern, die Geflüchtete zurücknehmen, eine privilegierte Rolle in der Entwicklungsarbeit zuzusprechen, ist hingegen kritisch zu betrachten. Eine Entwicklungspolitik sollte nicht an Bedingungen geknüpft sein. Die konkrete Ausgestaltung einer privilegierten Rolle soll klarer definiert werden. Für Staaten, die aus diversen Gründen zunächst keine Geflüchteten zurücknehmen können, sollte es keine negativen Effekte haben.

Die Vorhaben in der Entwicklungszusammenarbeit zur Eindämmung der Fluchtursachen sind zu begrüßen. Sich an die Zahlungen im Rahmen der UN, besonders im Hinblick auf die Flüchtlingsversorgung vor Ort, zu halten, ist ein begrüßenswertes Vorhaben. Neben humanitärer Hilfe vor Ort intensive Bildungsangebote zu fordern ist begrüßenswert. Leider fehlt es auch hier an Details zur konkreten Umsetzung.

Migration

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Gemeinsame europäische Grenzschutzeinheit aus Kontingenten der Mitgliedsstaaten	Zu begrüßen, Details sind wünschenswert.
Gemeinsame und gerechte Umverteilung der Geflüchteten durch EU-Asylagentur EASO	Zu begrüßen, Details sind wünschenswert.
Gemeinsame Einordnung der Herkunftsländer in sichere und unsichere Drittstaaten	Zu begrüßen
Finanzielle Entschädigungen für aufnahmewillige Länder	Zu begrüßen
Trennung Zuwanderung und Einwanderung	Zu begrüßen
Aushandlung von Rückübernahmeabkommen auf EU-Ebene	Zu begrüßen
Privilegierte Rolle in der Entwicklungsarbeit für Staaten, die Geflüchtete zurücknehmen	Kritisch zu betrachten
Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit	Zu begrüßen

11 Bildung

Die vbw stimmt den Forderungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung zu, nicht jedoch in der Hochschulpolitik.

Die Vorhaben der FREIEN WÄHLER im Bereich Aus- und Weiterbildung sind grundsätzlich positiv zu sehen. Insbesondere begrüßen wir, dass die duale Berufsausbildung als Vorbild für andere Mitgliedsstaaten genommen und lebensbegleitendes Lernen gefördert werden sollen. Grundsätzlich müssen die genannten Vorhaben jedoch weiter konkretisiert werden.

Im Hochschulbereich bestehen allerdings Differenzen zwischen der vbw und den FREIEN WÄHLERN. Die vbw steht, im Gegensatz zu den FREIEN WÄHLERN, weiter klar zu Bologna-Reform. Die von der Partei geforderte Wiedereinführung von Diplom- und Magister-Abschlüssen in allen Studienfächern ist kontraproduktiv. Das würde die Harmonisierung und Internationalisierung des Studiums in Europa deutlich erschweren.

<i>Vorhaben</i>	<i>vbw Bewertung</i>
<i>Aus- und Weiterbildung</i>	
Stärkung des Europäischen Bildungsaustausches	Zu begrüßen
Erasmus für alle Altersschichten (Ausbau der Mittel für berufliche Bildung und Erwachsenenbildung)	Zu begrüßen. Die Forderung, Möglichkeiten auch für Ältere auszubauen und strukturelle Vereinfachungen umzusetzen, liegt ganz auf unserer Linie.
Förderung der Europa-Bildung auf allen Ebenen der Bildungsarbeit und mehr Investitionen in Europabildung	Zu begrüßen
Etablierung der dualen Berufsausbildung in anderen Mitgliedsstaaten	Forderung liegt ganz auf unserer Linie.
Verbesserung der Mobilität junger Menschen	Zu begrüßen
Fortführung der Jugendgarantie	Aufbau von Systemen in anderen Ländern, wie sie in Deutschland im Rahmen des SGB II und III schon bestehen, ist grundsätzlich zu begrüßen, darf aber nicht zentral vorgegeben werden.

Bildung

Stärkung des Dialogs zwischen der europäischen Jugend und der Europapolitik	Zu begrüßen
Unterstützung der Europäischen Jugendverbände in Europa	Die Zielsetzung, jungen Menschen noch bessere Kenntnisse und Kompetenzen in der Europapolitik zu vermitteln, um sich aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen zu können, ist zu begrüßen, muss aber konkretisiert werden.
Mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bildungsbereich	Forderung liegt ganz auf unserer Linie
Erhalt der Meister-Ausbildung und Wiedereinführung der Meisterpflicht	Zu begrüßen, muss konkretisiert werden.
Bessere Vergleichbarkeit von Bildungsstandards	Zu begrüßen
Europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Zu begrüßen

Hochschule

Absage an Bologna – Rückkehr zu Diplom- und Magister-Abschlüssen in allen Studiengängen	Abzulehnen. Bachelor- und Master-Abschlüsse sind in Europa anerkannt. Vergleichbarkeit der Abschlüsse wird durch den Vorschlag erschwert
Gemeinsamer Bildungsraum, aber freiwillige Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten	Abzulehnen. Forderung stellt einen Rückschritt dar. Durch die Bologna-Reform gibt es bereits tiefgreifendere Abstimmungen.
Erasmus+ weiterführen	Zu begrüßen

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich auf alle Geschlechter. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und ohne jede Diskriminierungsabsicht wurde an einigen Stellen auf eine Bezeichnung mit dem Genderstern * verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Mai 2019